

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 32. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 20. Mai 2015
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.50 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Jürg Vogt, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Franz Vogt
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Jean-Claude Baumann, Gemeindeverwalter-Stv.
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Philippe Hofmann, Ueli Keller, Jacqueline Misslin,
Dieter Pfister, Gemeindeverwalter

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 35 Anwesende = 24
18.15 Uhr 36 Anwesende = 24
18.30 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes und des Präsidiums für die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle von Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4234
 2. Wahl eines Mitgliedes in die **Spezialkommission „Generelle Leistungsüberprüfung“** anstelle von Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion Geschäft 4237
 3. Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, vom 15.03.2015, betreffend **Totalrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: Präsidentin Rahel Balsiger Sonjic Geschäft 4067B
-

4. Postulat von Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion, vom 19.01.2015, betreffend
Aktuelle Sicherheitsdispositive im Falle eines Flugzeugabsturzes
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4226

5. Postulat von Jürg Vogt, FDP-Fraktion, vom 10.03.2015, betreffend
**„Ob das Teilstück des Herrenweg, von der Oberwilerstrasse bis zum öffentlichen
Parkplatz Spitzwald, mit einem durchgehenden Trottoir ergänzt werden“**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4232

6. Bericht des Gemeinderates vom 29.04.2015, zum Postulat von
Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion, vom 22.01.2012, betreffend
Ein Kulturhaus für Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4041 / A

7. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 07.05.2014, betreffend
Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4190 / A

8. Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 13.01.2015,
betreffend **Parc des Carrières**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4225

9. Postulat von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli und Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion,
vom 10.02.2015, betreffend **Sicherheitskonzept für das Primarschulschwimmen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4228

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 32 vom 20. Mai 2015

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Jürg Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Jürg Vogt, Präsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Einwohnerratssitzung.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Wir kommen zu den Mitteilungen. Ich darf heute Patrick Lautenschlager begrüssen. Er ist heute zum ersten Mal unter uns. Er nimmt den freien Sitz der SP ein. Ich wünsche ihm viel Glück und langes Durchhalten.

Die Einladung für den Schlussabend liegt auf, ich durfte das dieses Jahr organisieren. Ich möchte es unter das Thema Landwirtschaft, aber auch unter das Thema Spass und Freude stellen. Ich habe eine kleine Velotour vorgesehen, sie ist wirklich klein. Sie können die einzelnen Punkte auch mit dem Bus erreichen oder in das Nachmittagsprogramm quer einsteigen. Sie können auch später kommen und sind jederzeit herzlich willkommen. Das Nachtessen ist auf 19.00 Uhr geplant im Rössli. Die Anmeldung nimmt Nicole Müller entgegen, ich freue mich, wenn ich alle mit ihren Partnern begrüssen darf. Die Gemeinderäte, die Hauptabteilungsleiter und die Presse sind wie jedes Jahr auch eingeladen. Es ist mir ein Anliegen, kurz zum Workshop Verwaltungsreform, den wir am Samstag vor bald drei Wochen durchgeführt haben, etwas zu sagen. Es war eine interessante und aufschlussreiche Veranstaltung. Es sind alle zufrieden nach Hause gegangen. Leider waren nur wenige da, es waren nur die Hälfte, nämlich 21 Leute. Ich persönlich war sehr enttäuscht über die Anteilnahme und diejenigen, die dort waren, haben sich schwer daran gestört, dass das Thema nicht ernster genommen wurde. Jetzt ist es so und wir gehen weiter, Sie wissen wie. Sie haben alle das Protokoll erhalten. Es freut mich, wenn Sie aktiv dies weiter mitgestalten.

Herr Pfister ist heute auch entschuldigt, Herr Baumann ist sein Stellvertreter und ist heute hier.

Wir kommen zur dringlichen Interpellation, die heute eingereicht wurde. Sie haben Sie alle zur Kenntnis erhalten und sie liegt vor. Zuerst müssen wir darüber befinden, ob wir die Dringlichkeit bejahen. Ich gebe dem Interpellanten das Wort zur Dringlichkeit.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Wie der Präsident erwähnt hat, hat die FDP-Fraktion eine dringliche Interpellation vorgelegt. Die Dringlichkeit ist aus unserer Sicht gegeben, weil die Entscheide, die in den letzten Monaten getroffen wurden, grosse Auswirkungen haben. Wir möchten, dass die Interpellation zeitnahe beantwortet wird. Wenn man eine dringliche Interpellation macht, muss diese im Rahmen der heutigen Einwohnerratssitzung beantwortet werden. Wir wären allenfalls bereit, wenn der Gemeinderat uns Gewähr gibt, weil es viele Fragen sind und wir diese Fragen sehr gerne detailliert, ausführlich und fundiert beantwortet haben möchten, dass wir die Antworten in der Juni-Sitzung erhalten, und dann ziehen wir die Dringlichkeit zurück.

Arnold Julier, Gemeinderat: Wir haben dies im Gemeinderat besprochen. Es sind viele Fragen in kurzer Zeit, die beantwortet werden müssen. Wenn man dies ausführlich beantworten möchte, dann ist das nicht so möglich, wie man das bis im Juni machen könnte. Wir würden die Interpellation selbstverständlich im Juni beantworten.

Jürg Vogt, Präsident: Ist der Interpellant mit dieser Antwort zufrieden?

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Wenn es so umgesetzt wird, dann ja.

Jürg Vogt, Präsident: In diesem Fall ist die Dringlichkeit nichtig. Danke dem Gemeinderat für das Entgegenkommen, wir traktandieren dies also im Juni.

Ich darf Ihnen noch die eingereichten Vorstösse nennen. Das ist eine Interpellation, Geschäft 4240, Integrationskonzept. Das Geschäft 4238, Interpellation Steuerausfälle durch Entlastung der Kapitalbesteuerung.

Die Traktandenliste liegt Ihnen vor. Gibt es Änderungsanträge dazu? Das ist nicht der Fall, somit ist diese genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes und des Präsidiums für die Geschäftsprüfungskommission, anstelle von Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4234

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die SP schlägt Ihnen Jean-Jacques Winter als Präsident und Armin Bieri als Ersatzmitglied vor. Jean-Jacques Winter war bisher Ersatz und wird jetzt ordentliches Mitglied. Somit nominieren wir auch grad das Ersatzmitglied.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Sind Sie damit einverstanden, dass wir beide Mitglieder zusammen wählen? Ist die stille Wahl genehm? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit sind die beiden Herren gewählt.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Durch ein überraschendes Ausscheiden eines Mitglieds des Einwohnerrates hat die GPK ein hartes halbes Jahr hinter sich. Ich möchte an dieser Stelle allen Mitgliedern und zuerst Philippe Hofmann Danke sagen für das Engagement. Ich weiss, Sie hatten viele Lücken, weil viele Dokumente nicht mehr auffindbar waren. Mir ist es wichtig euch zu sagen, dass ihr eine tolle Arbeit im letzten halben Jahr gemacht habt. Ich freue mich darauf und hoffe, es geht in diesem Sinne weiter, wenn wir zusammen die GPK gestalten.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes in die Spezialkommission „Generelle Leistungsüberprüfung“ anstelle von Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion, Geschäft 4237

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir schlagen Ihnen Niklaus Morat zur Wahl vor.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall.

://:

Niklaus Morat ist in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, vom 15.03.2015, betreffend Totalrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: Präsidentin Rahel Balsiger Sonjic, Geschäft 4067B

Jürg Vogt, Präsident: Wir fahren weiter mit der Totalrevision unseres Geschäftsreglements. Wir sind in der ersten Lesung und machen heute weiter bei Paragraph 20. Wir vom Büro hoffen schwer, dass wir heute die erste Lesung beenden können. Ich betone die erste Lesung, weil das Ziel ist, dass wir über die Anträge abstimmen. Es gibt Wortbegehren und wir möchten niemanden unterbinden. Denken Sie bitte daran, dass Sie in der zweiten Lesung wieder Anträge stellen können. Ich möchte beliebt machen, kurze Wortmeldungen zu machen, damit wir möglichst rasch über die vorliegenden Anträge, oder diejenigen, die noch kommen, abstimmen können.

Wir sind bei Paragraph 20 stehengeblieben. Dort liegt ein Antrag vor.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich möchte beliebt machen, dass wir heute in der ersten Lesung alle Anträge einbringen, und die zweite Lesung nur noch dazu brauchen zu schauen, ob die Anträge so enthalten sind, wie abgemacht. Ansonsten machen wir zweimal so lange und das bringt nichts. Bringen Sie bitte alles heute, damit wir nachher die effektive Fassung haben und nur noch kleine Korrekturen anbringen können.

Jürg Vogt, Präsident: Sie haben das, was ich meine, in anderen Worten gesagt, danke.

§ 20 Ständige Kommissionen

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wir sind so verblieben bezüglich dem Paragraph 20, dass der Gemeinderat das, was er sich bezüglich der Kommissionen überlegt hat, zu Papier gibt und einen Antrag stellt. Wir haben diesen Antrag formuliert und die Reglementscommission hat den Antrag an der nächsten Sitzung behandelt. Sie hat einen eigenen Antrag gestellt. Man könnte jetzt mit einer kleinen Ergänzung oder einer Frage, die ich noch habe, mit dem Antrag der Reglementscommission leben und wir ziehen unseren Antrag zurück. Ich habe eine Frage, und zwar in welche Kommission soll das Departement Finanzen Steuern gestellt werden. Wir vom Gemeinderat meinten, dass es in die Kommission Sicherheit, Verwaltungsführung und zentrale Dienste gehört. Diese würde um eine Hauptabteilung erweitert werden. Ich habe vorgängig mit Rahel Balsiger gesprochen. Ich war nicht ganz sicher, ob dies auch die Meinung der Kommission ist oder ob die Reglementscommission meint, dass diese Aufgaben von der Fireko behandelt werden sollen. Dies meine Frage zur Klarstellung. Wenn dies in unserem Sinne beantwortet wird, dann ziehen wir selbstverständlich unseren Antrag zurück.

Rahel Balsiger Sonjic, Reglementscommission: Wir haben dies spät festgestellt und werden dies nochmals anschauen. Als erste Idee finden die Finanzdepartemente in Paragraph 24bis Platz. Wenn jemand einen Grund hat, der dem widerspricht, dann kann er dies anbringen oder später über sein Kommissionsmitglied, welches ja gleichzeitig auch in der Fraktion ist.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir haben auch noch eine Frage und zwar bezüglich 20d. Kommission für Bildung Kultur Gesundheit und Soziales. Ist dort nachher der Schulrat integriert für Kindergarten und Primarstufe oder wird dieser weiterhin in einer eigenen Kommission tagen?

Jean-Jacques Winter, Reglementscommission: Der Schulrat ist eine Behörde und hat mit dem Einwohnerrat ziemlich gar nichts zu tun. Die Kommissionen stellen wir zusammen, die machen diese Sachen, welche bis jetzt zu tun waren für die Schule, Budget, Kindergärten etc. Personelles mit Rekursen und alle diese Sachen haben mit dem Einwohnerrat nichts zu tun. Diese Behörde bleibt eine Behörde.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe noch eine Verständnisfrage wegen den Finanzen und Steuern. Was hätte denn die Fireko noch zu tun, wenn dies zu Paragraph 24bis gehören würde? Dort steht dann nur noch Kontrollorgan, aber in welchem Bereich?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Die Fireko würde wie bis anhin ihre Aufgabe als Kontrollorgan erfüllen im Bereich der Rechnung, Budget und Finanzplan. Das sind die Aufgaben, die die Fireko bereits jetzt ausübt. Die Aufgaben der Fireko sind kantonalrechtlich gesetzlich definiert.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir haben noch diskutiert bezüglich dem Paragraph 20 und den neuen Kommissionen, man sieht hier noch fünf. Es liegt auf der Hand zu überlegen, ob wir dann den Gemeinderat auch auf fünf reduzieren möchten, das würde ja fast Sinn machen. Es ist nur zum Überlegen und ich stelle dies jetzt einfach mal in den Raum.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Reglementscommission.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 21 FIREKO, Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

§ 22 GPK, Geschäftsprüfungskommission

§ 23 KoGeRe, Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente

Rahel Balsiger Sonjic, Reglementscommission: Unser Antrag ist identisch mit dem, worüber wir vorhin abgestimmt haben.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben vorhin über Paragraph 20 abgestimmt und nichts anderes. Jetzt sind wir bei Paragraph 23. Bleibt die Reglementscommission bei ihrem Antrag für Paragraph 23? Ja, gut.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Zum Paragraph 22 Absatz 7 liegt ein schriftlicher Antrag vor, über den noch nicht abgestimmt wurde.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben verschiedene schriftliche Anträge. Ich erwarte vom Einwohnerrat, dass er sich meldet, wenn der Antrag noch aktuell ist. Nur weil er im Büro vorliegt, kann ich nicht auf Vollständigkeit hoffen. Bitte machen Sie aufmerksam mit. Wir gehen also zurück zu Paragraph 22.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Der Antrag meines Fraktionskollegen Philippe Hofmann möchte Paragraph 22 Absatz 7 streichen, weil es nicht Sache des Gemeinderates ist, die GPK einzuberufen, sondern allenfalls Sache der Kommission selber oder des Einwohnerrates. Das hat etwas mit Gewaltenteilung zu tun.

Matthias Häuptli, Reglementscommission: Über diesen Antrag haben wir bereits an der letzten Sitzung beschlossen. Diesem Antrag wurde zugestimmt.

Jürg Vogt, Präsident: Dem Antrag der CVP wurde zugestimmt? Ja, Herr Spinnler nickt, er hat das im Protokoll nachgelesen. Wir machen weiter bei Paragraph 23. Der Antrag der Reglementscommission zu Paragraph 23 liegt vor, wir stimmen darüber ab.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 24 VPUK, Kommission für Verkehrs-, Planungs- und Umweltfragen

Jürg Vogt, Präsident: Auch hier liegt ein Antrag der Reglementscommission vor.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 24bis

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Hier müssten die Finanzen und Steuern im Titel erwähnt werden. Die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und zentrale Dienste, damit es klar ist.

Jürg Vogt, Präsident: Gut, wir stimmen über diesen Antrag ab.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 25 Nichtständige Spezialkommissionen

§ 26 Teilnahme Gemeinderat

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die SP regt an, dass der Gemeinderat über die Traktanden informiert wird. Wir haben das beim letzten Mal eingereicht. Neuer Absatz 6: Der Gemeinderat wird über Traktanden informiert. Wir finden das anständig und recht.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der SP ab.

://:

Dem Antrag der SP wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 27 Beizug externer Personen an Kommissions- und Bürositzungen

§ 28 Regeln für die Durchführung von Kommissionssitzungen

§ 29 Verfahren

§ 30 Zuweisung Geschäft an mehrere Kommissionen

§ 31 Ersatzmitglieder

§ 32 Protokolle der Kommissionen

Simon Maurer, SP-Fraktion: Auf Wunsch des Präsidenten bringe ich den Antrag, den Sie vorliegen haben, erst in der zweiten Lesung. Es betrifft nur eine Kleinigkeit.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Maurer hat einen Antrag der SP zu Paragraph 32. Sie haben diesen per Mail erhalten. Er steht in Zusammenhang mit Paragraph 16. Weil wir vorwärts machen wollen und nicht zurück zu Paragraph 16 wollen, habe ich Herrn Maurer beliebt gemacht, auf seinen Antrag heute zu verzichten. Ich möchte zu den Anträgen kommen, die zu Paragraph 32 vorliegen.

Rahel Balsiger Sonjic, Reglementscommission: Uns ging es darum in der Diskussion mit dem Gemeinderat eine Lösung zu finden, wie wir das mit der Protokollführung machen möchten. Wir haben uns auf die Lösung geeinigt, dass man ein Ersatzmitglied wählen kann für die Protokollführung. Der Präsident muss, wenn er einen zusätzlichen Protokollführer braucht ohne Stimmrecht, damit alle Mitglieder diskutieren können, diesen beiziehen. Das ist das Hauptanliegen der Kommission.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der Reglementscommission ab.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam 2. Vizepräsident:

§33 Beschlussfassung

§ 34 Informationsrechte

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Zu Paragraph 34 liegt Ihnen ein Antrag der SVP-Fraktion vor. Wir möchten bei Paragraph 34 Absatz 2 den kompletten Satz streichen. Mit diesem Satz in diesem Reglement sind die Fireko und die GPK nicht mehr in der Lage, ihre Aufgabe uneingeschränkt wahrzunehmen, wir möchten dies darum streichen. Ich habe gesehen, dass die CVP denselben Antrag hat. Wahrscheinlich können wir dies fusionieren und müssen die beiden Anträge nicht gegenüberstellen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir haben denselben Antrag. Wir können miteinander darüber abstimmen und müssen diesen nicht gegenüberstellen, das wäre sinnvoll.

Jürg Vogt, Präsident: Danke fürs Entgegenkommen. Wir stimmen über den Antrag ab.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

III. Fraktionen

§ 35 Zulassung

§ 36 Aufgaben

§ 37 Vertretung

§ 38 Berechnungsschlüssel

§ 39 Ratsdienste

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat hat hier einen kleinen Änderungsantrag, der nicht wahnsinnig wichtig ist. Aber es wäre gut, wenn man den Begriff Kanzleiarbeiten, der ein veralteter Begriff ist, durch Administrationsarbeiten ersetzen würde. Dann wäre es klar, um was es geht. Das ist ein kleiner Antrag.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der Absatz so lauten sollte: Die Administrationsarbeiten des Rates werden vom Sekretariat des Rates besorgt. „und der Kommissionen“ sollte man streichen. Ansonsten ist es so, dass das Sekretariat des Rates, welches durch Nicole Müller ausgeübt wird, auch noch die Arbeiten der Kommissionen übernehmen muss. Ich denke, es ist nicht in unserem Sinne, dass wir die Verwaltung noch weiter aufblähen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Auch von unserer Fraktion liegt ein Änderungsantrag zu Paragraph 39 Absatz 1 vor. Was die Kommissionen anbelangt, sollte es durch eine Kann-Formulierung ersetzt werden. Den Kommissionen sollte es freigestellt sein, ob sie jemanden von der Verwaltung für die Administrationsaufgaben beiziehen möchte oder nicht. Paragraph 39 Absatz 1 müsste so formuliert sein, dass für die Kanzleiarbeiten oder für die Administrationsarbeiten das Sekretariat beigezogen werden „kann“, aber nicht muss.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Es ist schon passiert, dass man die Anträge des Gemeinderates aufgelegt hat, damit man diese lesen kann. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag der CVP zu.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über die Anträge ab. Zuerst stimmen wir über den Antrag des Gemeinderates ab.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Wir stimmen nun über den Antrag der CVP-Fraktion ab.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Wenn wir jetzt für den Rat das Büro haben, dann kann ich nicht sagen „kann“. Ich hoffe, dass die Damen und Herren der Verwaltung dies für uns machen. Da gehen wir nicht jeden Mittwoch fragen, ob sie das heute Abend machen. Das macht das Büro ohne „kann“. Bitte hier kein „kann“ reintun. Den Vorschlag der Gemeindepräsidentin ohne „kann“.

Jürg Vogt, Präsident: Diesem Antrag wurde vorhin grossmehrheitlich zugestimmt.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich versuche die Sache zu klären. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, Paragraph 39 Absatz 1 wie folgt zu formulieren: „Die Administrationsarbeiten des Rates werden vom Sekretariat des Rates besorgt“. Diesem Antrag wurde in der ersten Abstimmung zugestimmt.

Jetzt kam der Antrag von Stephan Wolf, dass man den Absatz 1 so formuliert: „Die Administrationsarbeiten des Rates werden vom Sekretariat des Rates besorgt und die Administrationsarbeiten der Kommissionen können vom Sekretariat des Rates besorgt werden“. Ist das so richtig? Dieser Antrag wurde auch angenommen. Jetzt ist die Frage, welcher stimmt?

Jürg Vogt, Präsident: Da habe ich einen Formfehler gemacht, ich hätte die Anträge einander gegenüberstellen sollen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich schlage eine Formulierung vor, welche beides unter einen Hut bringt: Die Administrationsarbeiten des Rates werden vom Sekretariat des Rates besorgt. Für die Administrationsarbeiten der Kommissionen kann das Sekretariat des Rates beigezogen werden. Damit wäre beides vereint.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Spinnler ist am Schreiben, wir legen es auf. Wenn Sie einverstanden sind, dann kommen wir darauf zurück und erklären die beiden vorherigen Abstimmungen für nichtig. Danke. Herr Wolf, stimmt das so?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ja, das ist mein Antrag.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stellen diese beiden Anträge einander gegenüber.

://:

Der Antrag der CVP-Fraktion wird gegenüber dem Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich gutgeheissen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

IV. Konferenz Fraktionspräsidentinnen

§ 40 Zusammensetzung

§ 41 Pflichten und Rechte

D. Geschäfte

I. Parlamentarische Vorstösse

§ 42 Motion

§ 43 Postulate

§ 44 Behandlung von Motionen und Postulaten

§ 45 Vertretung bei parlamentarischen Vorstössen

§ 46 Erfüllung und Abschreibung

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Auch hier hat unsere Fraktion einen schriftlichen Antrag eingereicht. Wir beantragen, dass Paragraph 46 Absatz 1 der zweite Satz gestrichen wird. Wir sind der Meinung, dass es unnötige Arbeitsbeschaffungsmassnahme zulasten des Gemeinderates ist, wenn er nach der Umsetzung nochmals einen Bericht machen muss. Bei den Motionen liegt sowieso ein Reglementsentwurf vor, der im Einwohnerrat behandelt werden muss, da brauchen wir keinen zusätzlichen Bericht, und beim Postulat erst recht nicht.

Matthias Häuptli, Reglementskommission: Es liegt hier auch ein Antrag der Kommission vor, den ich kurz begründen möchte, und ich nehme zum Antrag der CVP Stellung. Die Bestimmung, dass man über die materielle Umsetzung berichten soll, kommt nicht einfach nur zur Arbeitsbeschaffung daher. Es war der Wunsch, wenn ein Geschäft tatsächlich umgesetzt wird, also wenn eine Motion oder ein Postulat gutgeheissen und abgeschrieben wird, es wird also etwas umgesetzt, das in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, dass wir dann erfahren, ob das tatsächlich so passiert ist. Der ursprüngliche Antrag der Kommission war, dass man darüber berichtet. Wir haben dies nochmals angeschaut, auch auf Wunsch des Gemeinderates, der meint, dass es einen unnötigen Leerlauf gibt. Der Kompromissvorschlag ist, dass man es im Geschäfts- und Tätigkeitsbericht erwähnt. Das heisst, es gibt eine oder höchstens zwei Zeilen, wenn ein Geschäft umgesetzt ist. Wenn beispielsweise eine bauliche Massnahme getroffen wurde, soll man dies im Geschäftsbericht sehen, dass damit ein früheres Postulat erfüllt wurde. Das sollte eine kleine Sache sein, damit wäre dann auch das Informationsbedürfnis gedeckt.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass der zweite Satz gestrichen werden sollte, auch so wie er im neuen Antrag der Reglementskommission vorliegt. Es ist richtig, wie das Stephan Wolf vorhin formuliert hat, ist dies auch im Geschäfts- und Tätigkeitsbericht ein zusätzlicher Aufwand. Meistens ist es nicht mit einem Satz getan. Wir müssen auch die ganzen Postulate und Motionen erfassen, dem nachgehen, man muss Excel-Tabellen führen, wo was gemacht werden muss. Es ist ein zusätzlicher Aufwand, den ich nicht notwendig finde. Sie erfahren alles, Sie leben in Allschwil, Sie sehen, wann wir ein Postulat umgesetzt haben. Wenn Sie es nicht sehen, dann können Sie jeden einzelnen Gemeinderat fragen und dann erfahren Sie das. Wir meinen, dass man den zweiten Satz streichen kann.

Jean-Jacques Winter, Reglementskommission: Ich stehe zur Kommission. Acht Jahre habe ich nach einem Postulat gewartet, es war zuerst eine Frage. Trottoir Herrenweg, damit man mit einem Kinderwagen oder einer Schulklasse ohne Gefahr da laufen kann. Wenn es gemacht ist, dann braucht es eine Notiz im Geschäftsbericht, Postulat Trottoir Herrenweg erledigt. Mehr braucht es nicht, keine Fotos und nichts. Wir aber wissen dann, dass diese Sachen erledigt sind. Es braucht eine Notiz und eine Geschäftsnummer.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stellen diese beiden Anträge einander gegenüber und stimmen ab.

://:

Dem neuen Antrag der Reglementscommission wird mit grossem Mehr gegenüber dem Antrag der CVP zugestimmt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 47 Resolutionen

§ 48 Petitionen

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Entschuldigung für die Unterbrechung. Wir haben vorhin zwei Anträge einander gegenüber gestellt. Es ist ja nicht automatisch so, dass dann dieser obsiegt, sondern die neue Variante wird der aktuellen Variante im Reglement gegenübergestellt. Und erst dann ist es angenommen oder nicht. Wir machen sonst schon wieder einen Fehler. Wir haben das im letzten Teil der ersten Lesung immer so gemacht.

Jürg Vogt, Präsident: Ich habe das erkannt, aber da der Antrag von der Reglementscommission kommt, habe ich mir erlaubt, dies so durchzuführen. Ist das Rat mit diesem Vorgehen einverstanden oder müssen wir nochmals abstimmen? Kein Wortbegehren, ich entnehme dem Stillschweigen, dass wir es so richtig gemacht haben.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 49 Interpellationen

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir würden gerne in Absatz 4 den letzten Satz abändern. Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt, also umdrehen. In 99 von 100 Fällen möchte man darüber diskutieren, ansonsten muss immer die Diskussion verlangt werden. Wir haben ein Instrument der kleinen oder schriftlichen Anfrage, da gibt es nur eine Kenntnisnahme ausserhalb des Ratsbetriebs. Bei einer Interpellation finde ich es richtig, dass alle Stellung dazu nehmen können.

Matthias Häuptli, Reglementscommission :Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass der vorliegende Wortlaut dem aktuellen Geschäftsreglement entspricht. Es ist nichts Neues.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der SP ab.

:::

Der Antrag der SP obsiegt mit 20 Stimmen gegen 14 Stimmen gegenüber dem Antrag der Reglementscommission.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 50 Dringliche Behandlung

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Auch hier schlägt die SP vor, dass die Dringlichkeit vor der Sitzung beantragt wird, damit nach der Pause das Anliegen angemessen debattiert werden kann, wir haben heute erfahren, wie das läuft. Wenn man etwas dringlich machen möchte, dann muss dies vor der Sitzung angemeldet werden, und nach der Pause wird es debattiert. Es ist eine Präzisierung.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

:::

Dem Antrag der SP wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§51 Budgetanträge

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat regt hier an, um Unklarheiten zu vermeiden, dass wir bei den Budgetanträgen festhalten, wie dies auch bei den Motionen und Postulaten ist, dass nur der Antragssteller befugt ist, den Budgetantrag während der Beratung zu ändern.

Matthias Häuptli, Reglementscommission: Die Kommission hat das diskutiert. Wir meinen, dass der Antrag überflüssig ist. Budgetanträge können gar nicht abgeändert werden. Budgetanträge müssen im Voraus eingereicht werden, damit diese diskutiert werden können in der Fireko. Es geht nicht, dass ein Budgetantrag in der Budgetsitzung abgeändert wird. Darum sollten wir diesen Antrag hier nicht aufnehmen.

Jürg Vogt, Präsident: Aus meiner Erfahrung wurde dies so gelebt. Es geht oft um einen Frankenbetrag, man hat den Frankenbetrag angepasst. Das steht so vielleicht nicht im Reglement, wurde aber so gelebt.

Rahel Balsiger Sonjic, Reglementscommission: Mir ist auch bekannt, dass viele Budgetanträge, weil sie nicht korrekt eingereicht wurden, in der Fireko nicht behandelt wurden. Der Gemeinderat hat dieser Person nur aus Goodwill eine Stellungnahme gegeben. In der Fireko ist die Praxis auch nicht, dass falsch eingereichte Budgetanträge nachträglich korrigiert und dann noch behandelt werden. Wir reden ja nicht nur von einer Zahlenanpassung.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Bei den Budgetpostulaten geht es darum, dass sie die Möglichkeit haben, bei den Budgetsitzungen Positionen finanzieller Natur aufzunehmen oder zu streichen. Diesen Antrag stellen Sie vorher. Wenn wir dann in der Budgetsitzung sind, dann können Sie das selbstverständlich wieder ändern. Sie können sagen, dass Sie von den beantragten CHF 50'000 während der Diskussion dies auf CHF 30'000 ändern. Oder man kann es ganz zurückziehen. Ich meine, wir hatten das hier drin auch schon. Es geht nur um die Präzisierung, dass im Geschäftsreglement festgelegt ist, dass nur der Antragssteller das Budgetpostulat während der Sitzung ändern kann. Bei den normalen Postulaten und Motionen ist dies auch der Fall.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Was ist, wenn die Person nicht anwesend ist? Wenn ich eine Motion einreiche und dann nicht kommen kann, dann kann ich meiner Fraktion sagen, dass sie das Geschäft absetzen sollen bei der Genehmigung der Traktandenliste. Aber bei einem Budgetpostulat kann man das nicht machen. Das ist eine einschneidende Sache, die man sich nochmals überlegen müsste.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich habe den Antrag, dass man dies für die zweite Lesung mitnimmt und sich nochmals Gedanken dazu macht. Der Hinweis ist vielleicht richtig.

Jürg Vogt, Präsident: Heisst das, dass Sie den Antrag zurückziehen? Ja, danke.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 52 Verfahrenspostulate

§ 53 Kleine Anfragen

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Hier regen wir an, dass man in Absatz 2 nicht den ganzen Wortlaut bekannt geben muss, sondern nur den Titel, da es eine kleine Anfrage ist. Es würde dann heissen: „Die Präsidentin gibt dem Rat den Titel bekannt und leitet sie an den Gemeinderat weiter“. Und nicht mit dem ganzen Wortlaut, wir haben noch nie eine kleine Anfrage vorgelesen.

Matthias Häuptli, Reglementscommission: Es geht nicht darum, dass es vorgelesen werden muss, sondern dass der Wortlaut mitgeteilt wird, damit man überhaupt weiss, welche kleine Anfrage hängig ist, schriftlich oder wie auch immer.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wenn das so ist und alle dies so verstehen, dann ziehe ich den Antrag zurück.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 54 Fragestunde

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat beantragt Ihnen Absatz 2 ersatzlos zu streichen. Die Meinung der Fragestunde respektive der Fragen, die man in der Fragestunde an den Gemeinderat richten kann, ist, dass es sich um einfache Fragen handelt, die man sofort beantworten kann. Es ist nicht die Idee, dass man umfangreiche Abklärungen treffen muss, ansonsten wäre die Fragestunde das falsche Mittel.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die SP möchte auch Absatz 2 streichen. Für den Rest gibt es schriftliche Anfragen und die Interpellation.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben zwei Anträge mit demselben Wortlaut, Streichung von Absatz 2. Wir stimmen darüber ab.

://:

Diesem Antrag auf Streichung des Absatzes 2 wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

II. Berichte an den Rat

§ 55 Form

§ 56 Budget

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: ZU Paragraph 56 Absatz 1 hat die CVP einen Antrag eingereicht, der schriftlich vorliegt. Wir meinen, dass es so formuliert werden muss, dass das Budget des Gemeinderates direkt der Fireko zur Vorbereitung übergeben wird und nicht über den Umweg des Einwohnerratspräsidiums. Es wird bereits heute so gehandhabt und der Vorschlag, wie er jetzt vorliegt von der Reglementscommission, erschwert den Prozess unnötig, ohne dass ein Nutzen daraus resultiert.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat schliesst sich diesen Ausführungen und dem Antrag der CVP vollumfänglich an. So wie es hier formuliert ist, entspricht es nicht der geläufigen Praxis.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

://:

Der Antrag der CVP wird grossmehrheitlich angenommen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 57 Frist

§ 58 Überweisung an Kommissionen

III. Vernehmlassungsverfahren

§ 59 Verfahren

E. Sitzungen des Rates

I. Einberufung und Verhandlungsfähigkeit

§ 60 Ratssprache

§ 61 Einberufung

§ 62 Sitzungstage

§ 63 Sitzungsort

§ 64 Einladung

§ 65 Präsenz

§ 66 Beschlussfähigkeit

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir haben uns überlegt, ob es nicht heissen sollte „Mehrheit der gewählten Ratsmitgliedern“. Es wären dann mindestens 21, die anwesend sein müssten. Das ist unser Antrag.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Gibt es auch nicht gewählte Ratsmitglieder?

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir hatten den Fall, dass ein Kollege plötzlich ausgetreten ist und dann waren wir noch 39 gewählte Ratsmitglieder bis der nächste gewählt wurde. Das ist vielleicht ein bisschen spitzfindig. Es kann sein, dass zwischendurch jemand austritt, leider hatten wir das und haben die Vakanz nicht gerade gefüllt. Das ist eine Präzisierung.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der SP ab.

//:

Dem Antrag der SP wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

II. Bereinigung Traktandenliste

§ 67 Traktandenliste

III. Sitzungsordnung

§ 68 Teilnahme Gemeinderat

§ 69 Infenster Gemeinderat

§ 70 Beizug Sachverständige

§ 71 Öffentlichkeit

§ 72 Berichterstattung Medien

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Hier haben wir einen schriftlichen Antrag eingereicht. Wir meinen, dass der Absatz 5 dieses Paragraphen ersatzlos gestrichen werden muss. Dieser Absatz verlangt etwas vom Ratsbüro, das rechtlich relativ heikel ist. Eine sogenannte unentgeltliche Richtungsstellung, die nichts anderes als eine Gegendarstellung im Zivilgesetzbuch ist, ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Es müsste eine Persönlichkeitsrechtsverletzung einhergehen. Dazu kommt, dass nur derjenige,

der durch die Persönlichkeitsrechtsverletzung selber betroffen ist, eine Gegendarstellung verlangen darf. Das Büro kann dies nicht in seinem Namen von sich aus machen, höchstens wenn eine entsprechende Vollmacht vorliegen würde. Um solche Komplikationen zu vermeiden und um das Büro nicht in eine Rolle zu drängen, welche es in juristische Mühlen bringt, sollten wir diesen Absatz streichen.

Jürg Vogt, Präsident: Ich danke der CVP für diesen Antrag ganz persönlich. Ich wäre als Präsident nicht gewillt gewesen mich gemäss Reglement so zu verhalten. Das ist meine ganz persönliche Meinung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe einen Antrag eingegeben. „Das Büro soll im Namen der Betroffenen“. Wenn ich meine, dass ich ganz unglücklich zitiert wurde, dann habe ich Unterstützung des Büros.

Jürg Vogt, Präsident: Wo möchten Sie das eingefügt haben?

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: In Absatz 5.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben zwei Anträge zu Absatz 5.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich glaube, das verhebt juristisch nicht. Wenn man es so formulieren würde, dann müsste es das Büro von sich aus im Namen der Betroffenen machen. Genau das lässt das Zivilgesetzbuch nicht zu. Der Betroffene muss es selber machen und dem Büro allenfalls eine Vollmacht erteilen. Dann könnte das Büro im Namen der Betroffenen das machen. Auch wenn dies rein theoretisch möglich wäre, dann löst es das Problem nicht, dass man bei jedem Einzelfall eruieren müsste, ob ein Gegendarstellungsrecht besteht. Das können sehr komplexe juristische Fragen sein. Das sollten wir dem Ratsbüro nicht aufbürden, indem wir hier im Reglement zwingend vorschreiben, dass es dies machen müssen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Mich interessiert, was die Kommission, die das beraten hat, dazu sagt? Der Antrag der CVP lag ja bereits vor.

Matthias Häuptli, Reglementscommission: Es ist eine Bestimmung, die in gleicher Form im jetzigen Reglement steht, Paragraph 64 Absatz 5.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stellen diese beiden Anträge einander gegenüber. Der obsiegende Antrag wird dem bestehenden Reglement gegenübergestellt.

://:

Der Antrag der CVP obsiegt mit 19 Stimmen gegenüber dem Antrag der SP mit 8 Stimmen.

Wir stellen den Antrag der CVP dem vorliegenden Reglement gegenüber.

://:

Der Antrag der CVP obsiegt mit 19 Stimmen gegenüber 17 Stimmen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 73 Sanktionen gegenüber Sitzungsteilnehmerinnen

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion stellt einen Antrag zu Absatz 1 Ausführung b. Wir möchten diesen Punkt gerne streichen. Hier steht: „die Redezeit über Gebühr beansprucht wird“. Dies ist nicht messbar und gehört nicht in ein Reglement. Es ist situativ, je nach Thema und je nach Person, wie man dazu steht. Die Redezeit ist je nach dem bei einer Person schneller über Gebühr beansprucht als bei jemand anderem. Deswegen gehört dieser Punkt nicht hier in das Reglement.

Matthias Häuptli, Reglementscommission: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass diese Bestimmung bereits jetzt gilt mit derselben Formulierung. Ich nehme an, dass dies in der Vergangenheit nicht allzu grosse Probleme gab, zu interpretieren was „über Gebühr“ bedeutet. Letztlich steht die Frage da, ob man hier unbegrenzte Redezeit haben soll. Darauf würde es herauslaufen, wenn das Präsidium keine Möglichkeit hat, einzugreifen. Wenn jemand zu lange redet, dann hätte man die Möglichkeit ein Traktandum zu torpedieren, indem man ewig redet, so wie das bekannt ist aus dem amerikanischen Parlament. Ich glaube, das ist hier nicht erwünscht.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es hat schon genug Einschränkungen drin, welche auf das hinweisen würde, dass man zur Sache spricht. Es gibt auch die Möglichkeit auf Diskussionsabbruch, damit lässt es sich einschränken. Es ist ein Parlament, das kommt vom Reden, und man sollte die Leute ausreden lassen, wenn es um die Sache geht. Wenn es nicht um die Sache geht, das steht hier drin, dann darf man einschreiten. Aber wenn jemand sich vorbereitet und dann heisst es nach dem dritten Satz, dass er nichts mehr sagen darf. Es ist es nur respektvoll, wenn er das so vortragen darf, wie er das vorbereitet hat.

Rahel Balsiger Sonjic, Reglementscommission: Ich möchte ich in Erinnerung rufen, dass von verschiedener Seite und von verschiedenen Personen das Anliegen kam, als wir angefangen haben vor zwei bis drei Jahren mit diesem Reglement, dass wir darüber Überlegungen anstellen sollen. Über Gebühr heisst, dass es vom Präsident gesteuert werden kann. Was wäre die andere Möglichkeit? Man könnte hier drin auch über Redezeitbeschränkung diskutieren, 5 Minuten, 10 Minuten oder 30 Minuten. Das wurde gewünscht, als wir mit der Diskussion angefangen haben, Redezeitbeschränkung ja oder nein. Was hättet ihr gemacht, wenn wir geschrieben hätten „Redezeit zwei Mal 10 Minuten“. Dann könnten wir hier eine Stunde lang diskutieren, wer wie lange zu welchem Thema sprechen darf.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: In Paragraph 78 steht, dass man die Rednerliste abrechen darf. Das heisst, man verbietet dann allen anderen auch zu sprechen, und das sollten wir nicht miteinander verwechseln. Abbruch der Rednerliste ist nicht dasselbe, wie jemandem zu sagen, dass er zu viel spricht.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Man kann das durchaus ins Ermessen des Ratsbüros stellen, wann eine Redezeit über Gebühr beansprucht wird. Das hat nicht nur eine zeitliche Komponente, sondern auch eine inhaltliche Komponente. Wenn man merkt, dass jemand ins Schwafeln gerät und am Thema vorbei redet, dann muss das Ratspräsidium das Recht haben, den Rat in Schranken zu weisen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Es wird gesagt, dass am Thema vorbei geschwafelt wird. Es steht aber ganz klar bei c „nicht zur Sache gesprochen wird“. Wenn wir Kindergarten haben und jemand schweift aus, dann ist es klar, dass es nicht zur Sache ist. Ich weiss nicht, weshalb wir darüber diskutieren.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der SVP ab.

://:

Die Reglementsvorlage hat obsiegt.

PAUSE

Jürg Vogt, Präsident: Es freut mich, dass wir mit der Sitzung weiterfahren können.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

IV. Beratung

§ 74 Redeordnung

§ 75 Eintretensdebatte

§ 76 Beratung

§ 77 Sachanträge

§ 78 Ordnungsanträge

§ 79 Schluss der Beratung

§ 80 Schluss der Rednerliste

§ 81 Rückkommen

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir haben hier eine Nachfrage, „jedoch vor der Schlussabstimmung eines Geschäftes“. Mich interessiert es, wie die Reglementscommission darauf gekommen ist. Wenn ich mich an Geschäfte erinnere, dann ist vor der Schlussabstimmung eine ganz kurze Zeit. Nachdem wir über die Anträge abgestimmt haben, kommt sofort die Schlussabstimmung, und dann ist es gelaufen. Ich erinnere mich an Geschäfte, wo man später oder erst am nächsten Tag bemerkt hat, dass etwas gemacht wurde, das nicht funktioniert. Bei diesem Zwischensatz, der dies sehr spitz formuliert, sodass man fast keinen Handlungsspielraum mehr hat, interessiert mich, weshalb man dies so regeln möchte.

Rahel Balsiger Sonjic, Reglementscommission: Wir haben dies bewusst so reingenommen, ansonsten kann kein Geschäft abgeschlossen werden. Das ist unsere Hauptbegründung. Wir haben aber die Möglichkeit trotzdem reingenommen, damit die Möglichkeit noch besteht. In der Praxis habe ich es anders erlebt. Während der Diskussion hat man bemerkt, dass man abgestimmt hat und bemerkt hat, dass man vielleicht nicht gut abgestimmt hat, und danach ist man nochmals darauf zurückgekommen. Ich habe es schon öfters erlebt, dass vor der Pause nicht das Gleiche war wie nach der Pause.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 82 Zweifache Beratung

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat beantragt Ihnen hier das Wort „Erlass“ durch „Reglemente“ zu ersetzen. Erlass ist ein missverständlicher Begriff, wir legen Ihnen nach von Reglement zu sprechen, das wäre eindeutiger.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über diesen Antrag des Gemeinderates ab.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 83 Schlussabstimmung

§ 84 Protokoll

V. Abstimmungen

§ 85 Eventualabstimmung

§ 86 Abstimmungsregeln

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Da eine geheime Abstimmung, seit ich in diesem Rat bin, noch nie stattgefunden hat, denke ich, dass ein Drittel reicht. Wir haben meistens die namentliche Abstimmung mit fünf Personen. Bei der geheimen Abstimmung würde ein Drittel reichen, falls wir dieses Instrument jemals brauchen. Darum stellt die SP den Antrag „dass mindestens ein Drittel der anwesenden Ratsmitgliedern dies wollen“.

Paragraph 86 Absatz 1 „von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitgliedern hat geheime Abstimmung zu erfolgen“

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte die Kommission fragen, ob diese Zahl fünf zufällig oder üblich ist?

Matthias Häuptli, Reglementscommission: Bis jetzt war es so. Ich persönlich denke, dass die Hürde eines Drittels, welche schriftlich den Antrag stellen müssen, sehr hoch. Angesichts der Tatsache, dass dieses Instrument praktisch nicht genutzt wird, frage ich mich, was es rechtfertigt, dass wir diese Zahl hochsetzen. Man muss schnell diese Unterschriften sammeln. Man muss bei 13 Ratsmitgliedern herumgehen und die Unterschriften sammeln, das ist dann einfach mühsam und eine relativ grosse Hürde. Man könnte dann gerade darauf verzichten, dass man eine geheime Abstimmung verlangen darf.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der SP gegenüber dem bestehenden Reglement ab.

://:

Die Variante im vorliegenden Reglement hat obsiegt gegenüber dem Antrag der SP.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 87 Namentliche Abstimmung

VI. Wahlen

§ 88 Verfahren

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Zu Paragraph 88 Absatz 1 haben wir einen Antrag. Wir möchten gerne, dass Wahlvorschläge vorgängig der Präsidentin oder dem Präsidenten des Einwohnerratsbüros mitzuteilen sind. Wir haben gewisse Kommissionen und Behörden, die ausschlaggebend sind. Es ist wichtig, welche Personen dort reinkommen. Ich finde es manchmal ein Unding, wie es sich mittlerweile eingeschlichen hat, dass man die Nominationen für vakante Sitze erst an der Einwohnerratssitzung hört. Je nach Kommission oder Behörde finde ich das sehr kurzfristig. Ich fände es gut, wenn die Fraktionen im Vorherein die Nominationen kennen, damit sie sich darüber beraten können.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der SVP ab.

://:

Das vorliegende Reglement obsiegt gegenüber dem Antrag der SVP.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 89 Geheime Wahlen

§ 90 Stille Wahl

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir stellen den Antrag, dass man in Absatz 3 die zwei Vizepräsidenten explizit erwähnt. Im alten Reglement steht „Vizepräsident oder Vizepräsidentinnen“ und jetzt steht „Vizepräsidentinnen“.

Jürg Vogt, Präsident: Sie würden den Satz mit „zwei“ ergänzen, also „der zwei Vizepräsidentinnen“?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Sollte man dann nicht lieber schreiben „der beiden Vizepräsidien“? Das wirkt grammatikalisch schöner.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ja, das finde ich gut so.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen somit über den Antrag der SP ab.

://:

Der Antrag der SP wird grossmehrheitlich angenommen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 91 Ermittlung der Wahlresultate

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion fragt sich, wer anfechten kann. Ist das ein Ratsmitglied, ein Gemeinderat oder allenfalls ein Saalzuruf von Zuschauern? Es ist nicht ganz eindeutig, wer anfechten darf. Kann der Gemeinderat auch anfechten oder nur die Ratsmitglieder?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich kann es aus dem Stehgreif nicht beantworten, wer die Anfechtung vornehmen kann. Wir könnten dies für die zweite Lesung mitnehmen und abklären.

Jürg Vogt, Präsident: Gut, dann machen wir das so und fahren weiter.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 92 Einwände gegen Wahlverfahren

§ 93 Wahlverfahren

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir verstehen nicht, was Einzelwahlen sind. Reicht es nicht von Wahlen zu sprechen? Was ist der juristische Grund für Einzelwahlen bei Paragraph 93 Absatz 1?

Matthias Häuptli, Reglementscommission: Es spricht nichts dagegen, dass wir hier redaktionell bereinigen und Wahlen schreiben. Der Grund der Formulierung ist, dass es im aktuellen Geschäftsreglement die Möglichkeit von Listenwahlen gibt. Dies wurde in unserem Entwurf gestrichen, aber deshalb sind hier Einzelwahlen erwähnt. Künftig wird es nur noch Einzelwahlen geben und keine Listenwahlen.

Rahel Balsiger Sonjic, Reglementscommission: Wir nehmen es in die zweite Sitzung, dann müssen wir jetzt nicht darüber abstimmen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

F. Behördenreferendum

§ 94 Unterstellung von Beschlüssen unter das Behördenreferendum

G. Publikation

§ 95 Publikationspflichtige Rats-Beschlüsse

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Es ist nur ein kleines Detail, aber Ratsbeschlüsse würde ich in einem Wort schreiben.

Jürg Vogt, Präsident: Das nehmen wir so in die zweite Lesung mit.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

H. Schlussbestimmungen

§ 96 Ergänzung

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat stellt Ihnen den Antrag, Paragraph 96 zu streichen und durch den alten Paragraph 91 zu ersetzen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Formulierung, so wie es jetzt vorgesehen ist, rechtlich nicht zulässig ist. Sie sehen in der Synopse wie Paragraph 91 lautet, und wir finden das richtig.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Ich möchte für mich zum Verständnis etwas fragen. Der Absatz, wie er von der Reglementscommission formuliert wurde, betrifft nur Regelungen, die bisher nicht vorgesehen waren im Reglement. Es geht darum, dass man Sachen im Rat beschliesst, welche bis jetzt nicht mit dem Reglement gedeckt waren, und nicht, dass man das bestehende Reglement ändern, wie es einem grad passt.

Rahel Balsiger Sonjic, Reglementscommission: Ja, so ist es. Die Entstehungsgeschichte dieses Artikels hat mit dem uralten Reglement zu tun, 12. April 2000. Dort hatte es einen speziellen Artikel, wo wir unser eigenes Reglement wieder ausser Kraft hätten setzen können. Wir haben dies intensiv auch mit der früheren Rechtsabteilung der Gemeinde angeschaut und sind zum gut schweizerischen Kompromiss gekommen, dass wir nicht alles rauskippen, das wäre schon damals von der Rechtsabteilung gewünscht worden, sondern wir haben die Bestimmung so, wie wir sie jetzt im Reglementsentwurf haben, entwickelt. Dies im Sinne von Simon Maurer, wie er das vorhin erklärt hat. Falls etwas nicht abgedeckt wäre, könnte man so vorgehen. Es ist als Notlösung gedacht und hat in der Vergangenheit in unserer Kommission und in der Rechtsabteilung der Gemeinde schon viele Diskussionen ausgelöst. Unser Reglement überprüft niemand. Ich habe zwei Instanzen angefragt, niemand möchte unser Reglement auf Rechtsgültigkeit prüfen. Ich muss es niemandem einschicken und wir müssen es niemandem vorlegen. Im Prinzip, in Anführungszeichen, dürfen wir mit diesem Reglement machen, was wir wollen. Wir dürfen einfach nicht gegen Gemeindegesetz verstossen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

://:

Die Vorlage der Reglementscommission obsiegt.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 97 Aufhebung bisherigen Rechts

§ 98 Inkrafttreten

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Hier steht: „Dieses Geschäftsreglement tritt mit der Genehmigung durch den Rat in Kraft“. Das würde heissen, dass wir es bei der zweiten Lesung annehmen. Für mich stellt sich die Frage, ob wir nicht einfacher datieren, dass das Geschäft in Kraft tritt mit Anfang der neuen Legislaturperiode, welche 2016 bis 2020 stattfindet.

Jürg Vogt, Präsident: Ich gebe hier kurz Antwort vom Büro aus. Wir machen heute die erste Lesung, Ziel bald erreicht. Wir haben darüber diskutiert, ob wir die zweite Lesung im Juni machen können und wollen. Wir haben das intensiv diskutiert und bemerkt, dass es zeitlich sehr eng wird. Man muss das ganze Reglement anpassen und sauber wieder vorlegen. Wir im Büro haben klar beschlossen, dass wir es nicht im Juni traktandieren. Wir traktandieren es im nächsten Amtsjahr, also nach der Sommerpause. Somit wird es ganz klar, wie Sie Herr Spiegel sagen, auf die neue Legislaturperiode in Kraft treten. Ich weiss nicht, ob Ihnen die Antwort so hilft.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich glaube, ihr meint beide dasselbe. Es ist nicht möglich und es wäre absurd, wenn wir die Kommissionen neu machen, dies während der Amtsperiode zu ändern. Das Ziel für uns alle muss sein, dass wir nach den Einwohnerratswahlen, wenn es um die neuen Kommissionen und die Gestaltung des Einwohnerrates geht, mit dem Reglement arbeiten. Wenn wir es jetzt im August oder im Januar 2016 einführen, dann geht das gar nicht. Das Ziel ist, dass wir es möglichst schnell abschliessen und dann einsetzen nach den nächsten Wahlen, damit der neue Rat in seiner Zusammensetzung die Gestaltung machen kann. Die Gemeindeverwaltung hat uns versprochen, dass es das Infoheft für den Einwohnerrat mit den Erklärungen, wie unsere Zusammenarbeit funktioniert, mit Reglement, Postulaten etc. gibt. Dieses müssen wir nach der Überweisung des Einwohnerratsreglements neu gestalten. Dann hat auch die Verwaltung Zeit bis nach den Wahlen, dies den neu gewählten Mitgliedern des Einwohnerrates zu verteilen. Möglichst bald abschliessen, damit die Verwaltung, der Gemeinderat und wir dies vorbereiten können, damit die neue Broschüre gemacht werden kann für den neuen Einwohnerrat.

Matthias Häuptli, Reglementscommission: Ich kann mich den Ausführungen von Jean-Jacques Winter weitgehend anschliessen. Die Neuordnung der Kommissionen macht keinen Sinn, wenn wir das während der Legislatur machen. Beim Rest des Reglements müssen wir dies noch anschauen, ob es Sinn macht, dass wir alle anderen Bestimmungen in Kraft setzen und die Kommissionen noch weiterlaufen lässt. Oder ob es besser ist, wenn alles auf einmal in Kraft gesetzt wird. Die Änderungen zwischen dem alten und neuen Reglement sind nicht so gravierend. Wir werden das in der Kommission sicher anschauen und in der zweiten Lesung dann einen Antrag stellen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

§ 99 Weibliche Form

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Auch hier hat die CVP-Fraktion einen Antrag eingereicht, und zwar ein genereller Änderungsantrag. Wir meinen, dass dieser Vorschlag der Kommission, ausschliesslich ein Geschlecht zu verwenden und mit dem Verweis im letzten Paragraph, dass beide Geschlechter gemeint sind – man könnte jetzt noch diskutieren, ob es noch weitere Geschlechter gibt, diese Diskussionen laufen momentan – entspricht nicht der zeigemässen Gesetzgebung. Es muss geschaut werden, dass geschlechtsneutrale Formulierungen gewählt werden wie beispielsweise Präsidium. Oder, wenn man das nicht machen möchte, dann müssen beide Formen gewählt werden. Nur die weibliche Form zu verwenden, entspricht nicht der gängigen Gesetzgebung.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Es ist interessant, dass jetzt, wo es in weiblicher Form geschrieben ist, die CVP reklamiert. Dass jahrelang sämtliche Bericht des Gemeinderates in männlicher Form waren, hat die CVP nicht reklamiert. Eigenartig.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Diese Argumentation würde entsprechen, wenn wir sagen, dass wir den Schülern fünf Jahre lang versehentlich beigebracht haben, dass $2 + 2 = 3$ ergibt, und jetzt bringen wir den Schülern während den nächsten fünf Jahren bei, dass $2 + 2 = 5$ ergibt, und nach zehn Jahren gleicht sich das dann aus und wir treffen uns bei 4. Ich muss doch sehr bitten.

Jean-Jacques Winter, Reglementscommission: Am Anfang der letzten Einwohnerratssitzung hat Stephan Wolf von femininen Zügen gesprochen. Ich stehe zu meinen femininen Zügen, auch wenn man sie wenig sieht. Ich bin einstimmig mit der Kommission der Meinung, dass es möglich ist. Es gibt Reglemente, zum Beispiel der Konvent der Lehrkräfte ist in weiblicher Form. So wurde es jedenfalls

beschlossen, wie es gedruckt wurde, weiss ich nicht. Das Pflichtenheft der Lehrervertretung im Schulrat ist auch in weiblicher Form. Seit der Ära Pfister als Gemeindeverwalter haben wir in jedem Bericht, den wir erhalten, eine Präambel drin.

Jürg Vogt, Präsident: Entschuldigung, jetzt rede ich kurz rein. Wir sind zackig vorwärts gekommen bis jetzt und wir haben noch eine zweite Lesung. Bitte äussern Sie sich kurz und dann stimmen wir über den Antrag ab.

Jean-Jacques Winter, Reglementscommission: Bei jedem Bericht des Gemeinderates steht auf der ersten oder zweiten Seite: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit gelten die Personenbezeichnungen für beide Geschlechter. Wir können ein neues Reglement machen und sagen, dass es für beide Geschlechter gilt. Der Gemeinderat ist hier der Verwaltung vorausgegangen.

Rahel Balsiger Sonjic, Reglementscommission: Ich rufe in Erinnerung, dass unser Reglement nicht geprüft wird von externen Stellen. Es ist eine reine Gewohnheitssache. Wenn man sich daran gewöhnt hat, dann möchte man es nicht mehr loslassen. Man kann nicht alles versachlichen. Wir hatten eine Rechtsberatung und es können nicht alle Ausdrücke in der sächlichen Form genannt werden. Es gibt viele Formulierungen, die personenbezogen sind, also müssen wir uns einig werden, ob männlich oder weiblich.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, dass wir hier ein Reglement haben, das auf Gesetzesstufe liegt. Das ist nicht vergleichbar mit einem Konvent oder einem Bericht des Gemeinderates, wo man das von mir aus machen darf, dass man nur ein Geschlecht erwähnt und in der Fussnote schreibt, dass es beide Geschlechter betrifft. In einem Reglement, welches auf Gesetzesstufe steht, muss zwingend eine geschlechtsneutrale Formulierung gefunden werden. Wenn es nicht möglich ist, eine sächliche Formulierung zu finden, dann muss man vom Präsidenten oder der Präsidentin sprechen. Nur ein Geschlecht zu verwenden, widerspricht nicht der zeitgemässen Gesetzgebung. Wenn gesagt wird, dass das Reglement von niemandem überprüft wird, dann muss ich dem widersprechen. Abstrakte oder generelle Normenkontrollen durch ein Gericht sind durchaus denkbar.

Roland Naef, fraktionslos: Ich finde es ein bisschen übertrieben, dass man im Reglement ausschliesslich die weibliche Form braucht. Ich unterstütze Stephan Wolf, es müsste geschlechtsneutral sein. Ich finde das gesucht, auch wenn es 2015 ist, aber ich meine, dass man es so neutral machen sollte und das Reglement entsprechend ändern.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der CVP ab.

://:

Der Antrag der CVP obsiegt mit 21 Stimmen gegenüber 15 Stimmen für die Vorlage des Reglements.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich weiss, dass der Herr Präsident vorwärts machen möchte, damit er noch zum Trottoir für sein Blumenfeld kommt. Ich möchte trotzdem einen Rückkommensantrag stellen und zwar dass wir auf den Antrag zu Geschäft 4067 Antrag 1 und Antrag 2 der SP-Fraktion, Paragraph 32 und 16, heute behandeln und abarbeiten in der ersten Lesung. Wir liegen zeitlich gut drin, sodass wir das machen können. Es ist ein Verfahrensfehler passiert, weil wir über den Antrag der Reglementscommission abstimmt haben. Dieser wurde aber nicht automatisch dem Antrag der SP gegenübergestellt worden. Ich plädiere dafür, dass wir diese beiden Anträge heute noch behandeln, damit sich die Reglementscommission mit allen Geschäften vorbereiten kann für die zweite Lesung.

Jürg Vogt, Präsident: Ist jemand dagegen, dass wir Paragraph 16 und Paragraph 32 noch anschauen? Gut, dann machen wir das so und schauen zuerst den Antrag der SP zu Paragraph 16 an.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Uns ging es darum, die Kommissionen zu entlasten. Rahel hat vorhin erwähnt, dass ein Kommissionsmitglied meistens damit beschäftigt ist, das Protokoll zu schreiben und nicht wirklich an den Beratungen teilnehmen kann. Der Vorschlag der Reglementscommission war, dass man allenfalls ein Ersatzmitglied einbeziehen kann. Unser Vorschlag hier ist, dass wir nicht Ersatzmitglieder einbeziehen, sondern eine externe Person, welche ausschliesslich für das Protokollschreiben verantwortlich ist. Seitens Gemeindeverwaltung haben wir immer wieder gehört, dass die Ressourcen dort nicht genügend vorhanden sind. Wir haben uns überlegt, einen Pool mit Personen zu haben, welche geeignet sind, solche Protokolle zu erstellen und auch einen Lohn erhalten im Rahmen unserer Sitzungsgelder.

Jean-Jacques Winter, Reglementscommission: Ich bin Mitglied der Kommission. Ihr habt gelesen, dass die Kommission den Antrag einstimmig unterstützt. Ich bleibe bei dieser Meinung. Es geht auch darum, die Ersatzmitglieder mehr einzubinden in die Kommissionsarbeit. Wer im Rat ist und gewählt wurde, hat auch ein Interesse daran, sich in einer Kommission zu engagieren. Ein Ersatzmitglied muss immer parat sein einzusteigen, wenn jemand anders fehlt. Ich bin klar der Meinung, dass es toll ist Protokolle auszulagern, dort wo es möglich ist, also ein Ersatzmitglied dabei sein kann, Informationen erhält und einen Einblick in die Arbeit der Kommission erhält. Der Aufwand die Protokolle nach Aussen geben, ist wahrscheinlich zu gross.

Rahel Balsiger Sonjic, Reglementscommission: Wir haben den Antrag geprüft und ausführlich diskutiert. Wir haben festgestellt, dass es wiederum dem entgegenspricht, dass wir mit der Gemeinde eine Kompromisslösung suchen wollten, nämlich die Entlastung. Wenn Sie den Pool verwalten müssen, manchmal hat es dort Leute und manchmal keine oder erst die fünfte angefragte Person hat Zeit, dann sehe ich den Nutzen dieser Idee nicht mehr. Darum haben wir das nicht weiterverfolgt und unterstützen den Antrag auch nicht.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat ist tatsächlich der Meinung, dass man von diesem Antrag der SP absehen sollte. Es ist eine gut gemeinte Idee, dass man jemanden findet, der dies für günstiges Geld macht. Es ist aber nicht wirklich zielführend. Das heisst am Schluss nicht, dass auf der Verwaltung gar keine Arbeit mehr gemacht werden muss. Und die Verantwortung für die Protokollführung geht dann zur Verwaltung über. Der Vertrag, den man mit den Leuten abschliessen muss, selbst wenn es nur ein kleiner Vertrag ist, kommt dann zwischen der Gemeinde und den Personen zustande. Da geht die Verantwortung auch zur Gemeinde und das wäre nicht gut. Die Kommissionsarbeit ist Ihre Arbeit, dafür sind Sie gewählt. Als gewählter Einwohnerrat sind Sie letztlich auch verpflichtet in den Kommissionen mitzuarbeiten und sich dort zu engagieren. Den Weg über die Ersatzmitglieder kann der Gemeinderat unterstützen. Das ist ein guter Kompromiss. Alles weitergehende lehnt der Gemeinderat ab.

Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion: Wir haben schon abgestimmt, dass ausnahmsweise kommissionsfremde Personen dies machen dürfen. Jetzt ist aber nicht geregelt, wie man zu diesen Leuten kommt. Wer wird das sein und woher kommen diese Leute. Mit diesem Pool wäre das machbar.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben zwei Anträge, die einander gegenüberstehen. Wir befinden zuerst über Paragraph 32. Wenn wir bei Paragraph 32 dem Antrag der SP zustimmen, dann müssen wir über Paragraph 16 befinden.

Matthias Häuptli, Reglementscommission: Ich möchte auf das letzte Votum kurz eingehen. Wir haben tatsächlich in unserer Formulierung drin, dass ausnahmsweise eine kommissionsfremde Person beauftragt werden kann. Das ist nicht die Meinung, dass es die Regel so sein soll, sondern es ist eine Ausnahme. Diese Bestimmung ist für Konstellationen gedacht, wo man sowieso jemanden beizieht bei der Kommission, das kann es ausnahmsweise geben. Wir hatten es bei der Reglementscommission bei diesem Geschäft, nämlich dass wir eine Juristin beigezogen haben, welche im Auftragsverhältnis mit der Kommission getagt hat. Solche Konstellationen kann es geben, wo es sich grad noch ergibt, dass man die Protokollführung übertragen kann. Ich denke aber nicht, dass man regelmässig Externe beiziehen sollte. Für diese Ausnahmefälle ist es ein Overkill extra dafür einen Pool zu organisieren, Listen zu führen, Leute zu führen und zu rekrutieren.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben den Antrag der SP gegenüber der Fassung der Kommission, worüber wir bereits befunden haben. Wir stellen dies einander gegenüber.

://:

Mit 20 Stimmen für die Vorlage der Reglementscommission gegen 17 Stimmen für den Antrag der SP wird die Reglementsvorlage zugestimmt.

Der Antrag zu Paragraph 16 erübrigt sich damit.

Ich bedanke mich für das aktive Mitmachen bei dieser ersten Lesung.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Postulat von Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion, vom 19.01.2015, betreffend Aktuelle Sicherheitsdispositive im Falle eines Flugzeugabsturzes
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4226

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: In Vertretung für Gemeinderat Thomas Pfaff darf ich Ihnen mitteilen, dass wir für Entgegennahme des Postulats sind.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag dazu? Das ist nicht der Fall, somit ist das Postulat überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Postulat von Jürg Vogt, FDP-Fraktion, vom 10.03.2015, betreffend „Ob das Teilstück des Herrenweg, von der Oberwilerstrasse bis zum öffentlichen Parkplatz Spitzwald, mit einem durchgehenden Trottoir ergänzt werden“
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4232

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist bereit das Postulat entgegenzunehmen. Ich muss Ihnen an dieser Stelle bereits sagen, dass der Gemeinderat bereits einen Schritt vorausgegangen ist. Wir haben bereits auf einem Teil dieser Parzelle neben dem Herrenweg eine sogenannte Planungszone verhängt. Das bedeutet, wenn dort allenfalls ein Baugesuch eingereicht wird, dass dann in diesem bezeichneten Abschnitt, wo man diese Strasse allenfalls erweitern könnte, sicher nichts gebaut wird. Das hat der Gemeinderat deshalb gemacht, weil ansonsten die Gefahr bestanden hätte, dass in den nächsten Tagen rasch ein Baugesuch eingereicht würde. Damit wäre die Möglichkeit der Einflussnahme des Einwohnerrates nicht mehr möglich. Deswegen haben wir die Planungszone verhängt. Wir sind jederzeit in der Lage dazu, die Planungszone wieder aufzuheben, wir haben uns damit nichts vergeben. Heute ist für Sie wichtig, dass wir es freiwillig entgegennehmen.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag? Das ist nicht der Fall, somit ist das Postulat überwiesen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 29.04.2015, zum Postulat von Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion, vom 22.01.2012, betreffend Ein Kulturhaus für Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4041 / A

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich vertrete dies in Abwesenheit von Franziska Pausa. Wir haben Ihnen das Postulat beantwortet, indem wir aufgelistet haben, was bereits alles vorhanden ist. Sie sehen, dass die Gemeinde unterschiedliche Räumlichkeiten zur Verfügung stellt für Vereine und Privatpersonen für kulturelle Zwecke. Unser neues Schulhaus, Aula Gartenhof, ist ein wichtiger Punkt, der viele Möglichkeiten bietet, dies auch ausserschulisch zu nutzen. Explizit ist eine vielfältige ausserschulische Nutzung vorgesehen und eine Teilöffnung für eine kommunale Nutzung. Das ist ein Gewinn für alle Beteiligten, wenn man das nutzen kann. Das betrifft die Aula, Turnhalle, Sportanlagen und noch weitere Spezialräume die genutzt werden können, auch ausserhalb der Schulzeit, sodass wir Anlässe und kulturelle Veranstaltungen durchführen können. Man hat die Möglichkeit, dass wir die Aula mit Konzertbestuhlung für 430 Personen Platz bieten können, bei Bankettbestuhlung für 310 Personen. Bei ganz grossen Anlässen besteht die Möglichkeit, dass wir den Gymnastikraum dazu nehmen, sodass nachher 700 Sitzplätze mit Konzertbestuhlung bzw. 500 Plätze bei Bankettbestuhlung bereitgestellt werden können. Es gibt viele Möglichkeiten für Veranstaltungen und Vereine, die das nutzen können. Die Aula Gartenhof stellt vielseitige unterschiedliche Möglichkeiten mit moderner Infrastruktur für Vereine und andere zur Verfügung.

Und dann haben wir noch das Heimatmuseum. Zurzeit ist es wegen der Leistungsüberprüfung 2015 und 2016 geschlossen. Es wird aber ein neues Konzept erarbeitet für das Heimatmuseum. Im Rahmen der Neukonzipierung wird die Nutzung des grossen Saales überprüft. Auch beim Freizeithaus können Vereine und Privatpersonen für kulturelle Zwecke Räume mieten. Das Freizeithaus bietet adäquate Infrastruktur zur Verfügung, Bühne Lichttechnik etc., für die Durchführung von kulturellen Veranstaltungen. Es gibt in Allschwil auch private Infrastrukturen. Es gibt den Mühlehall. Da haben wir im Baurechtsvertrag festgelegt, dass die Gemeinde die Möglichkeit hat, jährlich während zwei Zeitfenstern à 30 Tagen, Mai/Juni und August/September, dies für kulturelle Veranstaltungen zu nutzen. Wenn die Gemeinde dies nicht braucht, dann können das Vereine oder Private aus Allschwil zur öffentlich kulturellen Nutzung zur Verfügung haben. Das sind Kunstvereine, Kulturvereine und Theatervereine. Die haben das bereits alle genutzt und können es auch weiterhin nutzen. Ausserhalb dieser Zeiten können auch private Personen den Mühlehall mieten, natürlich in Absprache mit dem Besitzer und dem Restaurant. Dann gibt es noch diverse private Infrastrukturen, Calvinhaus, St. Peter und Paul haben auch einen Saal, an der Schönenbuchstrasse ist ein Saal, den man mieten kann, Forsthaus Kirschner. Und dann gibt es noch ganz privat die Gimmick-Studios. Diese kann man auch für Veranstaltungen brauchen. Die haben eine Eventhalle von 700 Quadratmetern.

Wie diese Ausführungen aufzeigen, gibt es in Allschwil Räumlichkeiten, welche von Vereinen und von Privatpersonen für kulturelle Zwecke genutzt werden können. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass in der Gemeinde ein breites Infrastrukturangebot vorhanden ist. Somit sieht der Gemeinderat keine Notwendigkeit für die Realisierung eines eigenen Kulturhauses. Zudem ist es in der angespannten finanziellen Situation nicht möglich ein Kulturhaus zu erstellen. Das sollte nicht allein ausschlaggebend sein, aber auch das ist mit zu berücksichtigen. Der Gemeinderat stellt Ihnen den Antrag, dieses Postulat als erledigt abzuschreiben.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Beratung als Ganzes.

Roland Naef, fraktionslos: Ich habe nur eine Frage. Ist es richtig, dass diese Antwort 3,5 Jahre gebraucht hat? Oder ist das ein Datumsfehler?

Arnold Julier, Gemeinderat: Soweit ich mich erinnere, ist Frau Weber schon lange nicht mehr hier drin. Die Daten stimmen, 18. April 2012 wurde dies überwiesen und heute liegt die Beantwortung vor. Die Daten stimmen.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Danke an den Gemeinderat für die ausführliche Antwort, auch wenn sie 3,5 Jahre gedauert hat. Es ist eine schöne Aufzählung von Möglichkeiten an Infrastruktur, die es gibt. Die Idee von dem Postulat war aber nicht diese. Wir hatten Fragen, ob es ein Kulturhaus geben könnte, welches nicht unbedingt von der Gemeinde betrieben werden muss, Beispiele sind Roxy in Birsfelden oder Marabu in Gelterkinden, wo es Möglichkeiten gibt für kulturelle Veranstaltungen. Das sind halböffentliche Trägerschaften, welche teilweise auch vom Kanton unterstützt werden. So etwas haben wir uns für Allschwil vorgestellt. Logisch, im Moment, mit dieser finanziell angespannten Lage steht es relativ quer in der Landschaft, das ist für uns klar. Wir haben nicht die Vorstellung, dass es im nächsten Jahr realisiert werden muss. Die Vorstellung ist, dass es in den Köpfen ist und wir es in den Köpfen behalten. Wie es Arnold Julier gesagt hat, könnten wir uns beim Heimatmuseum gut vorstellen, dass es ein Konzept gibt, welches dies mit einem Kulturhaus verbindet. Wir stellen den Antrag, dass der Bericht so zur Kenntnis genommen wird, aber das Geschäft noch nicht abgeschrieben wird.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ein Kulturhaus wäre etwas Schönes und unterstützenswert. Aber ein Kulturhaus muss auch betrieben werden und da ist die Gemeinde die falsche Betreiberin. Dafür braucht es Herzblut, und das ist meistens mehr vorhanden, wenn es von Privaten kommt. Der Gemeinderat zeigt in seinem Bericht schön auf, dass es verschiedene Grössen an Räumen und Sälen gibt, die man mieten kann. In diesem Sinn ist eine Infrastruktur vorhanden für ein zartes Pflänzlein. Es wäre auch begrüssenswert, wenn ein zartes Pflänzlein käme, dass es der Gemeinderat zumindest ideell unterstützen würde. Wir sollten auch weiterverfolgen, wenn man sich Gedanken für ein neues Konzept für das Heimatmuseum macht, ob man dies kombinieren könnte. Dieses Haus würde sich wahrscheinlich dafür ziemlich gut eignen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Wir sitzen heute Abend in dieser Aula, aber nicht mehr lange, dann gehört diese dem Kanton. Die Gemeinde muss sich dann einmieten. Darum haben wir die neue Aula, wo wir in einem grösseren Saal zusammensitzen dürfen. Heute Abend läuft parallel die IG der Vereine im Pfarreisaal der Christkatholischen Kirche. Die Gemeinde kann keinen Raum offerieren für unsere IG. Die Vereine haben sich einmieten müssen und bezahlen für diesen Abend wahrscheinlich CHF 330. Die Kirche ist froh darum. Ich habe selber 11 Mal ein Theater geschrieben, ein Musical, ich hatte keinen Raum für eine Aufführung. Ich musste in den Pfarreisaal der Christkatholiken oder in den Calvinsaal. Ich habe CHF 330 bezahlt. Im Schulhaus ist es nicht möglich, denn ich kann keine Turnhalle sperren. Es wäre gut, wenn die Gemeinde nicht sagen muss, dass ein paar Private etwas machen, sondern wir machen auch etwas. Es reizt mich sehr, was beim Museum passiert. Ich habe mich dagegen gewehrt, dass es zugeht, es ist ein Riesenverlust. Es wird aber nie dafür reichen, etwas Grösseres zu machen. Da kann man einen Elternabend oder eine Klassenzusammenkunft machen. Die Gemeinde Allschwil als grösste Gemeinde des Kantons, welche attraktiv sein möchte, kann nicht sagen, dass alles die Privaten machen sollen. Ich war an einem Jazz-Konzert vor zwei Wochen in einem Stall. Der Mühlestall ist nur noch während zwei Monaten für die Gemeinde da, der Rest ist privat. Ich weiss, was einen Abend in diesem Stall kostet, um etwas durchzuführen. Unsere Gemeinde Allschwil soll vorwärts machen und attraktiv sein für unsere Vereine und für uns alle. Irgendeine Liegenschaft zu haben, wo ein Kulturraum drin ist, das würde auch heissen, dass man dort auch einem Künstler ein Atelier geben könnte. Es gibt Gemeinden, die solche Sachen machen. Es kann nicht sein, dass man sagt, dass die Privaten es machen und die Vereine und die Schule macht es, sprich die Lehrerschaft bezahlt privat Geld. Die neue Aula ist sehr viel besetzt, zum Beispiel auch von uns selber.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ergänzend kann man noch sagen, dass der Antrag war: Welcher Standort wäre geeignet, um ein Kulturhaus für Allschwil zu realisieren. Meine Vorredner haben gesagt, dass wir uns bedanken dafür, dass sich der Gemeinderat die Mühe nimmt und schaut, wo etwas möglich ist. Wir möchten dieses Postulat nicht abschreiben, weil die Idee in den Köpfen bleiben muss. Wenn wir an den Sport denken, dann ist die Idee im Kopf geblieben und wir haben ein Stadion realisiert, das ansprechend ist und zu einer Gemeinde wie Allschwil gehört. Wir haben einen Wald, den wir pflegen und pflegen lassen. Es gibt öffentliche Spielplätze und Feuerstellen. Dort bezahlt niemand Miete, sondern das stellen wir zur Verfügung mit unseren Steuergeldern und mit denen, die es betreiben. Darum bitten wir darum, dies zur Kenntnis zu nehmen, die finanzielle Lage zu erkennen, aber zu sagen, dass dieses Projekt noch nicht abgeschlossen ist und dass wir das Postulat nicht abschreiben.

Arnold Julier, Gemeinderat: Zuerst wegen dem Standort. Der Gemeinderat ist davon ausgegangen, dass wir im Moment Angebote haben in einem gewissen Rahmen. Wenn man keines bauen will, dann

sind wir davon ausgegangen, dass man auch keinen Standort bestimmen muss. Es geht nicht nur um das Geld. Wir haben ein gutes Angebot, wie wir das im Postulat geschrieben haben. Natürlich spielt die Finanzlage auch eine Rolle. Kombiniert mit dem anderen sollte man im Moment darauf verzichten und das Postulat abschreiben.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben den Antrag der SP-Fraktion auf Nichtabschreiben und den Antrag des Gemeinderates auf Abschreiben des Postulats.

://:

Mit 18 zu 18 Stimmen und dem Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag des Gemeinderates auf Abschreibung angenommen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 07.05.2014, betreffend Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4190 / A

Robert Vogt, Gemeinderat: Bruno Gadola hat vor einem Jahr diese Interpellation eingereicht im Bereich der Verkehrssicherheit. Der Gemeinderat hat diese Zeit genutzt und Ihnen das geforderte Dokument vorgelegt. Er hat Ihnen auch die 10 Fragen beantwortet und das weitere Vorgehen aufgezeigt. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass wir diese Interpellation mit diesem Bericht als erledigt abschreiben können.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Schön, dass diese Schwachstellen-Analyse vorliegt. Sie zeigt jedoch wenig Wirkung, wie wir das im Text sehen. Auf die Frage, wann und wo die in der Schwachstellen-Analyse formulierten Massnahmen ergriffen wurden, wird in der Antwort auf keiner Weise eingegangen. Wie viel von den 13 umgesetzten Massnahmen nach der Prüfung verworfen wurden, wird auch nicht genannt. Ebenso wenig wissen wir, um welche Massnahmen es sich handelt und was den Ausschlag gegeben hat, dass diese Massnahmen verworfen wurden. Auch die Aussage, dass die restlichen sechs Massnahmen in den nächsten Jahren geprüft und umgesetzt werden, ist sehr unverbindlich. Der Gemeinderat weist im Papier darauf hin, dass die Einführung von Tempo 30 abgelehnt wurde, das heisst aber nicht, dass man nicht nochmals darauf zurückkommen kann. Es gibt noch andere Massnahmen wie Begegnungszonen, Strassenverengungen, Trottoirüberfahrten usw., die anstatt einer Temporeduktion 30 umgesetzt werden könnten. Es ist Pflicht des Gemeinderates aufzuzeigen, welche Massnahmen notwendig sind, damit sämtliche Gemeindestrassen den sicherheitstechnischen Anforderungen entsprechen. Die Aussage, dass grundsätzlich der Fuss- und Veloverkehr auf den Gemeindestrassen in Allschwil als sicher beurteilt werden kann, ist nicht richtig. Ich möchte darauf hinweisen, dass in Kapitel 8 bei der Schwachstellen-Analyse viele generelle Schwachstellen aufgelistet werden, welche grundsätzlich diskutiert werden müssten. Dass der Gemeinderat meint, dass bis 2019 aus finanziellen Gründen nichts gemacht werden muss, ist unverantwortlich. Wer weiss, vielleicht geht es länger als bis 2019. Ich stelle fest, dass es sich der Gemeinderat leicht macht in Sachen Verkehrssicherheit. Ich bitte Sie, diese Interpellation nicht als erledigt abzuschreiben. Es bestehen immer noch viele Schwachstellen bezüglich Sicherheit. Hier ist noch viel Arbeit zu tun.

Robert Vogt, Gemeinderat: Es ist mir ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass wir unterdessen die Zeit genutzt haben und dass die meisten und die wichtigen Schwachstellen behoben wurden. Wir möchten das nicht aufgrund dieser Interpellation ausführlicher darlegen. Sie können mir glauben, dass wir das gemacht haben. Der Rest, der noch offen ist, ist unverhältnismässig, wenn wir dies in kurzer Zeit umsetzen würden. Wir nutzen Veränderungen wie zum Beispiel die Sanierung der Baslerstrasse, welche ins Jahr 2019 verschoben wurde. Im Bereich Baslerstrasse werden wir in den kommenden drei Jahren nichts unternehmen. Hier setzen wir unsere Mittel vernünftig ein. Wenn Bauvorhaben anstehen, dann werden wir die kleineren Schwachstellen beheben. Die wichtigen Massnahmen wurden umgesetzt.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Gadola, sind Sie zufrieden mit der Antwort oder wünschen Sie Diskussion? Falls ja, müssen Sie einen Antrag auf Diskussion stellen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich stelle Antrag auf Diskussion.

Jürg Vogt, Präsident: Ist der Rat mit einer Diskussion einverstanden? Das ist der Fall, wir eröffnen somit die Diskussion.

Roland Naef, fraktionslos: Robi Vogt hat gesagt, dass das meiste erledigt ist. Aber was ist denn erledigt? Wenn man diese Antwort gibt, dann wäre es gut gewesen, wenn man bei den Beilagen aufgezeigt hätte, was erledigt und was noch offen ist. Dann könnte man das Ganze abschreiben. Wenn man überhaupt nichts in der Hand hat, was gemacht wurde, dann müssten wir das Ganze stehenlassen.

Jürg Vogt, Präsident: Ich möchte hier etwas richtigstellen. Eine Interpellation wird nicht abgeschrieben, sie ist beantwortet oder nicht beantwortet. Herr Gadola, Sie können die Interpellation nicht stehenlassen. Sie wird beantwortet und Sie sind zufrieden, oder Sie machen einen neuen Vorstoss.

Robert Vogt, Gemeinderat: Mir liegt viel daran, die Interpellation wirft Fragen auf, welche 2012 nicht geklärt waren. Ich bin jetzt klar der Meinung, dass es zehn formulierte Fragen sind und zehn Antworten. Deshalb gehe ich davon aus, dass diese Interpellation erfüllt ist. Jetzt können Sie immer sagen, dass Sie noch mehr Informationen brauchen. Herr Naef sagt, dass wir eine Liste bringen sollen von ausgeführten Projekten und solchen, die noch gemacht werden könnten. Das übersteigt diese Frage. Ich bin immer der Meinung, dass man angemessen antworten muss und nicht übers Ziel hinausschiessen muss. Diese ausführlichen Antworten reichen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Auf Seite 6 der Interpellation lese ich, lieber Ratspräsident: Gestützt auf diese Ausführungen wird die Interpellation als erledigt abgeschrieben. Ich habe dies gelesen und etwas anderes gehört. Entweder sind meine Ohren falsch oder meine Augen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich muss Jean-Jacques Winter Recht geben, das ist mir vorhin auch aufgefallen. Der Interpellant hat die Möglichkeit, dass er mit Hilfe des Einwohnerrates die Interpellation, wenn sie nicht genügend beantwortet wurde, zurückschicken kann. Dieser muss dann mit den gewünschten Ergänzungen wieder kommen.

Jürg Vogt, Präsident: Mit dieser Antwort ist diese Interpellation erledigt. Das haben wir im Bericht als Satz ergänzt. Sie können Sie jetzt nicht erledigen oder nicht erledigen. Das geht nicht gemäss dem geltenden Reglement.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Dann kann man eine Interpellation auch nicht abschreiben, das beisst sich. Wir reden hier laut Traktandenliste von abschreiben, dann müsste man dies bereinigen.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es noch weitere Wortbegehren? Das ist nicht der Fall, somit ist dieses Traktandum abgeschlossen. Ich wünsche allen einen schönen Abend und eine tolle zweite Halbzeit beim Match.

ENDE